

dem Papiere entgegenhält, aber in der Wirklichkeit nicht zur Ausführung bringt. Lassen Sie sie so fort schalten, so kommt die Zertrümmerung sehr bald. Sehen Sie, bereits im Osten beginnt der Kampf, der sich für die Demokratie entwickelt, und im Westen, wo jetzt eine Republik ist, die eigentlich nur den Namen einer absoluten Monarchie verdiente, auch dort wird es bald mächtig werden, auch dort wird die reine Demokratie siegen, beide Feuer werden uns sehr bald erreichen. Hören Sie diese Donnerschläge und rechnen Sie darauf, daß die Demokratie siegen wird, sie muß siegen.

(Stürmischer Bravoruf auf der Galerie.)

Das Ministerium hat sich sogar in verschiedenen Punkten jetzt gegen uns erklärt, es hat geradezu das Gegentheil von dem, was wir ausgesprochen haben, verfügt, und das, was wir wollen, das unterliegt doch keinem Zweifel in wichtigen Fragen, denn um solche kann es sich nur handeln. Wir haben gesehen, daß das Ministerium ein absolutes Veto für Deutschland haben will, und weil es das will, so liegt es auf der Hand, so will es dies dann auch für Sachsen; es glaubt, es liege allein eine kräftige Regierung in dem absoluten Veto. Ja, das ist die Ansicht derer, die sich zum Absolutismus neigen, das ist die Ansicht, die eben den gesetzlich ausgesprochenen Willen des Volkes, wie er sich in den Versammlungen geltend macht, welches die Organe des Volkes sind, nicht achten will, sondern nach Befinden ihm entgegentritt. Nach dem, was wir uns zur Aufgabe gestellt haben, können wir keineswegs damit einverstanden sein, wollen wir nicht, daß das Volk mit seinen Grundsätzen sich selbst durchhelfen soll. Es werden die Gesetze nicht für die Krone, sondern für das Volk gegeben, und es kann die Krone also sich eines solchen Hindernismittels nicht bedienen. Die Macht, die jetzt in Frankfurt geschaffen werden soll, die soll auch uns unterdrücken, man will Deutschland mächtig nach innen, aber nicht nach außen. Wir haben ferner gesehen, daß die Regierung einen Tagesbefehl erlassen hat zu einer Zeit, wo wir hier von Seiten der Kammer uns ganz entgegengesetzt ausgesprochen haben; wir wollen, daß der Soldat außer dem Dienste keinen Gehorsam schuldig sei, weil wir seine Selbstständigkeit außer dem Dienste vor allen Dingen gegründet und festgestellt wissen wollen, der Minister aber, der jetzt an die Spitze der Kriegsverwaltung gekommen ist, spricht mit schroffen Worten das Gegentheil aus, er erklärt nicht nur, daß ein besonderer Militärstand bestehe, sondern sagt den Soldaten sogar: „Ihr müßt außer dem Dienste erst recht gehorsam sein.“ Es ist der Antrag zwar noch nicht an die Regierung gelangt, aber was zu erwarten steht, das liegt auf der Hand, und ob in einer solchen Zeit, wo die Kammer mit großer Majorität sich dafür erklärt, ob in einer solchen Zeit von einem Minister, der bei seinem Eintritt geradezu das Gegentheil verkündigt, eine parlamentarische Regierung zu erwarten ist, das ist eine Frage, die von Allen leicht zu beantworten ist. Man hat von jener Seite her gesagt, wir könnten einen Antrag auf ein Misstrauensvotum

noch nicht stellen, weil wir zwischen Oesterreich und Preußen eingeklemmt wären, wir müßten erst abwarten, wie sich die Verhältnisse in diesen Ländern gestalten. Ist das aber der Fall, müssen wir die Hände in den Schooß legen, dann ist es besser, wir gehen nach Hause und ersparen dem Volke die vielen Kosten.

(Bravo auf den Galerien.)

Ich begreife gar nicht den Abgeordneten, der das sagte, denn er war es doch, der den Antrag darauf stellte, daß der Soldat außer dem Dienste keinen Gehorsam zu beweisen haben solle; weiß er nicht, daß in Preußen und Oesterreich blinder Gehorsam gilt? Wir können verlangen und wollen zeigen, daß wir uns unsere Angelegenheiten unabhängig und allein ordnen wollen, in unsere innere Verwaltung gebührt keinem Fremden eine Einsprache. Will man uns unterdrücken und die Diplomatie wieder gelten lassen, so wird man das hervorgerufen, was ich schon gesagt habe, nämlich den Kampf vor außen. Wir wollen auf gesetzlichem und friedlichem Wege die Dinge ordnen, man will es aber nicht; nun man wird es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn der Blutkampf wieder beginnt. Unser Zweck ist, zu erhalten und durchzusetzen, was zu einer demokratischen Verfassung gehört. Man hat auf der einen Seite unsern Antrag für schwach gehalten und noch weiter gehende Anträge bringen wollen, ich habe aber mit Vergnügen gesehen, daß das nicht unterstützt worden ist. Unser Antrag ist kräftig genug, denn man sieht, wie man ihn bekämpft hat, man fühlt, daß man ohne Kraft mit solchen Erklärungen nicht heraustreten kann, man will sich aber verbergen, man mag jedoch ehrlich sein und sagen, ob man mit einem Ministerium, was sich über Hauptgrundsätze, die wir als leitende anerkennen, nicht erklärt hat, gehen will. Das reicht vor der Hand aus; wir werden dann einen Antrag mit Vergnügen unterstützen und stellen, der dahin geht, daß die Wahl der Minister aus dem Volke selbst hervorgehe, aber heute ist nicht der Zeitpunkt dazu, heute handelt es sich darum, die gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen, denn wir könnten ebenso gut darauf antragen, die Republik einzuführen, und das wäre noch weiter gegangen! Es ist einer der wichtigsten Punkte aber, den wir dem Ministerium zum Vorwurf machen, noch der, daß es keine Genugthuung schafft für die Ermordung unsers Robert Blum. Es ist das keine Demonstration, die wir vornehmen, wenn wir hierin Genugthuung verlangen, es ist der Probirstein, der beweisen soll, ob das Ministerium den Volkswillen fühlt und ihm nachkommt. Das liegt darin, das ist der Grund, warum wir namentlich darauf bestehen müssen; aber was geschieht? Der Gesandte v. Könnert befindet sich nach wie vor in Wien, er vertritt unser Sachsenvolk nach wie vor, ein Mann, dem wir kein Vertrauen schenken können, er ordnet die österreichischen Verhältnisse zu den sächsischen, ein Mann, von dem wir wissen, daß er unsern edelsten Mitbürger nicht schützen konnte, und einen solchen Mann wollen wir auf dieser Stelle lassen? Wir